

MAX MILAS

Notstandsspruchpraxis
als Menschenrechts-
systemschutz

Jus Internationale et Europaeum

220

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn, Angelika Nußberger und Christian Walter

220



Max Milas

Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz

Eine Analyse der Entscheidungen
menschenrechtlicher
Kontrollinstitutionen

Mohr Siebeck

Max Milas, geboren 1995; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Münster und der University of Sydney; 2020 Erstes Juristisches Examen; 2020–2024 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster; seit 2024 Rechtsreferendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht; 2025 Promotion (Münster).
orcid.org/0000-0002-5670-0378

Zugl.: Münster (Westf.), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2025

D 6

Zur Arbeit gehört ein Online-Appendix, der abrufbar ist unter
DOI 10.1628/978-3-16-164840-3-appendix

ISBN 978-3-16-164839-7 / eISBN 978-3-16-164840-3

DOI 10.1628/978-3-16-164840-3

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: epline, Bodelshausen

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2025 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster als Dissertation angenommen. Am 06.05.2025 fand die Disputation statt. Literatur und Rechtsprechung sind bis Mai 2025 berücksichtigt, wobei die Datenauswertung alle Entscheidungen umfasst, die bis zum 26.08.2022 veröffentlicht worden sind. Alle Links wurden zuletzt am 10.06.2025 abgerufen.

Mein größter Dank gilt meinem Doktorvater, *Niels Petersen*, für seine Betreuung, die stets von großem Vertrauen in die eigenständige Durchführung meines wissenschaftlichen Projekts, aber auch von unverzichtbaren Anmerkungen und Ratschlägen geprägt war. Bedanken möchte ich mich zudem bei *Nora Markard* für die schnelle Erstellung des wertvollen Zweitgutachtens, durch das ich meine Thesen für die Veröffentlichung präzisieren konnte. *Petra Fentner* danke ich für ihre zuvorkommende und aufmerksame Unterstützung in jeder Phase am Lehrstuhl. Danken möchte ich auch *Thilo Marauhn*, *Angelika Nußberger* und *Christian Walter* für die Aufnahme in diese Schriftenreihe sowie *Lisa Kujus* für den professionellen und angenehmen Veröffentlichungsprozess.

Eine Doktorarbeit ist niemals das Produkt einer einzelnen Person, sondern entsteht innerhalb eines Netzes von Personen, die institutionelle Ressourcen und ihre Zeit nutzen, um den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. In diesem Sinne profitierte auch meine Arbeit von einer vielschichtigen und unentbehrlichen Unterstützung, wobei ich dabei vier Aspekte besonders hervorheben möchte:

Ohne den freundschaftlich-inspirierenden Zuspruch von *Paul Seeliger* hätte ich mich wohl kaum auf ein Promotionsprojekt eingelassen. Es waren dann auch *Felix Fouchard* und *Sué González Hauck*, die mich in diesem Entschluss stets bestärkt und mir neue Wege eröffnet haben. Ohne die Ermutigung von *Silvia von Steinsdorff* sowie die darauf aufbauenden Anmerkungen von *Mikael Rask Madsen*, *Ioana-Elena Oana*, *Laurence O'Hara*, *Claude Rubinson* und *Ezgi Yildiz* hätte ich das methodologische Neuland, das eines der Fundamente meiner Arbeit bildet, niemals in dieser Weise betreten (können). Ohne meinen von *Pumeza Matwa* arrangierten Forschungsaufenthalt am Centre for Human Rights und Institute for International and Comparative Law in Africa an der University of Pretoria und die damit verbundenen Hinweise von *Charles Fombad*, *Magnus Killander*, *Zainab Monisola Olaitan* und *Frans Viljoen* wäre das

dritte Kapitel der Arbeit kaum in dieser Form entstanden. Schließlich hat mir die großzügige ideelle und finanzielle Förderung durch die Studienstiftung des deutschen Volkes (und die diesbezügliche Arbeit von *Lars Korten*) eine Konzentration auf die Promotion erst ermöglicht und den Horizont in einer Weise erweitert, die ich nicht missen möchte. Die Studienstiftung hat zudem gemeinsam mit dem von *Claudia Ehlert* betreuten SAIL Mobility Fund der Universität Münster meinen Forschungsaufenthalt an der University of Pretoria finanziell erst ermöglicht.

In freundschaftlicher Verbundenheit möchte ich mich bei *Lina Möller*, *Deborah Peters*, *Theresa Richter* und *Philip Steitz* bedanken, die sich durch ihre inhaltlichen Anmerkungen an dieser Arbeit sehr verdient gemacht haben.

Kaum in Worte zu fassen ist meine Dankbarkeit, die ich dir gegenüber empfinde, *Michelle*. Für die Ermutigung zur Aufnahme dieses Projekts, für das Beistehen in herausfordernden Zeiten, für die inhaltlichen Ratschläge, für dein Dasein.

Gewidmet ist diese Arbeit schließlich meiner Großmutter. Du weißt, warum.

Hamburg, Juni 2025

Max Milas

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Einleitung	1
<i>A. Erkenntnisinteresse</i>	3
<i>B. Aufbau und Methode</i>	9
Kapitel 1: Der Ausnahmezustand in der Europäischen Menschenrechtskonvention.....	13
<i>A. Das System des europäischen Menschenrechtsschutzes</i>	13
<i>B. Der Ausnahmezustand in der europäischen Notstandsspruchpraxis</i>	25
<i>C. Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz</i>	89
<i>D. Zusammenfassung</i>	219
Kapitel 2: Der Ausnahmezustand in der Amerikanischen Menschenrechtskonvention.....	223
<i>A. Das System des amerikanischen Menschenrechtsschutzes</i>	223
<i>B. Der Ausnahmezustand in der amerikanischen Notstandsspruchpraxis</i>	234
<i>C. Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz</i>	265
<i>D. Zusammenfassung</i>	278
Kapitel 3: Der Ausnahmezustand in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker	281
<i>A. Das System des afrikanischen Menschenrechtsschutzes</i>	281
<i>B. Ausnahmezustand in der afrikanischen Notstandsspruchpraxis</i>	292
<i>C. Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz</i>	299
<i>D. Zusammenfassung</i>	309

Kapitel 4: Der Ausnahmezustand im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	311
<i>A. Das System des universellen Menschenrechtsschutzes</i>	311
<i>B. Der Ausnahmezustand in der universellen Notstandsspruchpraxis</i>	320
<i>C. Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz</i>	340
<i>D. Zusammenfassung</i>	353
Konklusion: Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz	355
<i>A. Das Primat der Notstandsmaßnahme in der vereinheitlichenden Notstandsspruchpraxis</i>	355
<i>B. Legitimierungsstrategien in der menschenrechtlichen Notstandsspruchpraxis</i> ..	367
Literaturverzeichnis	377
Entscheidungsregister	401
Register	407

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
<i>A. Erkenntnisinteresse</i>	3
I. Menschenrechtlicher Notstand	4
II. Menschenrechtliche Kontrollinstitutionen	7
III. Notstandsspruchpraxis	7
<i>B. Aufbau und Methode</i>	9
I. Beschreibung der Notstandsspruchpraxis	9
II. Erklärung der Notstandsspruchpraxis	10
III. Vergleich der Notstandsspruchpraxis	11
Kapitel 1: Der Ausnahmezustand in der Europäischen Menschenrechtskonvention	13
<i>A. Das System des europäischen Menschenrechtsschutzes</i>	13
I. Das europäische Menschenrechtssystem	13
1. Die Entstehungsgeschichte der EMRK	14
2. Die Kontrollinstitutionen des europäischen Menschenrechtssystems	16
3. Der Interlakenprozess von 2010 bis 2018	20
II. Der Ausnahmezustand im europäischen Menschenrechtssystem	22
1. Die Entstehungsgeschichte der europäischen Notstandsklausel	23
2. Die Struktur der europäischen Notstandsklausel	24
<i>B. Der Ausnahmezustand in der europäischen Notstandsspruchpraxis</i>	25
I. Die Verfahren zur Notstandsspruchpraxis	25
1. Koloniale Gewalt in Zypern von 1955 bis 1956	25
2. Nordirlandkonflikt von 1957 bis 1998	26
3. Griechische Militärdiktatur 1967	28
4. Kurdenkonflikt seit 1990	28
5. Islamistischer Terrorismus seit 2001	31
6. Armenische Präsidentschaftswahlen 2008	32
7. Putschversuch in der Türkei 2016	32
II. Die Auslegung der Notstandsklausel	36
1. Notstandslage	37

a) Definition	37
b) Ergebnisse	41
2. Notstandsmaßnahme	43
a) Definition	44
b) Ergebnisse	48
3. Die weiteren Voraussetzungen der europäischen Notstandsklausel	51
a) Derogationsverbote	51
b) Notifikationspflicht	53
aa) Pflichten	53
bb) Konstitutivität	55
c) Andere völkerrechtliche Verpflichtungen	58
III. Kontrolldichte in der Notstandssprachpraxis	60
1. Menschenrechtliche Kontrolldichte	61
a) Messbarkeit menschenrechtlicher Kontrolldichte	63
aa) Ergebnisse der Entscheidung	64
bb) Ausufernde Ausführungen	65
cc) Selbstbeschreibung	67
dd) Abweichende Meinungen	67
b) Messung menschenrechtlicher Kontrolldichte	68
aa) Selbsteinstufung	69
bb) Rechtliche Konzepte	70
cc) Abweichende Meinungen	71
dd) Bildung eines Gesamtwerts	72
c) Grenzen der Messung menschenrechtlicher Kontrolldichte	75
2. Kontrolldichte in der Sprachpraxis zum Normalzustand	77
3. Kontrolldichte in der Sprachpraxis zum Notstand	80
a) Entwicklung der Kontrolldichte	80
b) Struktur der Kontrolldichte	85
C. Die Notstandssprachpraxis als Menschenrechtssystemschutz	89
I. Forschungsfrage	90
II. Ausgangspunkt: Legitimierungsstrategien in der Notstandssprachpraxis	90
1. Realistische Analysen menschenrechtlicher Sprachpraxis	91
2. Legitimität der menschenrechtlichen Notstandssprachpraxis	94
III. Entscheidungsbezogene Strategien in der Notstandssprachpraxis	99
IV. Methode: Qualitative Comparative Analysis	102
1. Methodologische Einführung	103
a) Grundannahmen	104
b) Anwendungsvoraussetzungen	105
c) Abgrenzung zu statistischen Verfahren	108
2. Typologie	109
3. Verfahren	111
a) Vorbereitung	111
aa) Einarbeitung in Fälle und Theorie	111
bb) Theoretische Erwartung	112
b) Anwendung	113
aa) Definition von Mengen	113
(1) Konzeptualisierung und Messung	114
(2) Kalibrierung des Konzeptes	114

(3) Diagnostik	116
bb) Analyse notwendiger Bedingungen	117
(1) Definition	118
(2) Gütekriterien	118
(3) Aussagekraft	121
cc) Analyse hinreichender Bedingungen	121
(1) Definition	122
(2) Wahrheitstabelle	122
(3) Logische Minimalisierung	127
(4) Visualisierung der Lösungsformel	136
c) Auswertung	137
aa) Post-QCA	137
bb) Interpretation	138
4. QCA in der Rechtswissenschaft	139
5. Struktur der angewendeten QCA	140
a) Forschungsdesign	143
aa) Theoretische Erwartungen	144
(1) Ergebnisse	145
(2) Kontrolldichte	148
bb) Kalibrierung	151
(1) Outcomes	151
(2) Bedingungen	155
b) Verfahren der Anwendung	170
V. Subsidiärer Menschenrechtsschutz im Notstand als Menschenrechtssystemschutz	172
1. Ergebnisse in der Notstandsspruchpraxis	173
a) Ergebnis der Notstandslage	173
aa) Notwendige Bedingungen	173
bb) Hinreichende Bedingungen	173
(1) Lösungsformel	174
(2) Robustheit der Lösungsformel	176
cc) Auswertung	178
b) Ergebnis der Notstandsmaßnahme	181
aa) Notwendige Bedingungen	181
bb) Hinreichende Bedingungen	182
(1) Lösungsformel	182
(2) Robustheit der Lösungsformel	183
cc) Auswertung	185
2. Kontrolldichte in der Notstandsspruchpraxis	189
a) Kontrolldichte der Notstandslage	189
aa) Notwendige Bedingungen	190
bb) Hinreichende Bedingungen	190
(1) Lösungsformel	191
(2) Robustheit der Lösungsformel	193
cc) Auswertung	195
b) Kontrolldichte der Notstandsmaßnahme	199
aa) Notwendige Bedingungen	199
bb) Hinreichende Bedingungen	199
(1) Lösungsformel	200
(2) Robustheit der Lösungsformel	202

cc) Auswertung	204
3. Diskussion: Subsidiärer Menschenrechtsschutz in einem kooperativen Umfeld	209
a) Ergebnisse in der Notstandsspruchpraxis	211
b) Kontrolldichte in der Notstandsspruchpraxis	215
c) Grenzen der Analyse hinreichender Bedingungen	218
D. Zusammenfassung	219
Kapitel 2: Der Ausnahmezustand in der Amerikanischen Menschenrechtskonvention	223
A. <i>Das System des amerikanischen Menschenrechtsschutzes</i>	223
I. Das amerikanische Menschenrechtssystem	223
1. Die Entstehungsgeschichte der AMRK	223
2. Die Kontrollinstitutionen des amerikanischen Menschenrechtssystems	225
3. Staatliche Opposition gegen das amerikanische Menschenrechtsschutzsystem	229
II. Der Ausnahmezustand im amerikanischen Menschenrechtssystem	232
1. Die Entstehungsgeschichte der amerikanischen Notstandsklausel	232
2. Die Struktur der amerikanischen Notstandsklausel	234
B. <i>Der Ausnahmezustand in der amerikanischen Notstandsspruchpraxis</i>	234
I. Die Verfahren zur Notstandsspruchpraxis	235
1. Peruanischer Bürgerkrieg von 1980 bis 2000	235
2. Guatemaltekischer Bürgerkrieg von 1960 bis 1996	236
3. Panamaische Gefängnisausbrüche 1990	237
4. Kolumbianischer Bürgerkrieg seit 1964	237
5. Aufstände in Caracas, Venezuela 1989	238
6. Aufstände in Guayaquil, Ecuador 1993	238
II. Die Auslegung der Notstandsklausel	238
1. Notstandslage	239
a) Definition	239
b) Ergebnisse	241
2. Notstandsmaßnahme	243
a) Definition	245
b) Ergebnisse	249
3. Die weiteren Voraussetzungen der amerikanischen Notstandsklausel	252
a) Derogationsverbote	252
b) Notifikationspflicht	254
aa) Pflichten	254
bb) Konstitutivität	255
c) Andere völkerrechtliche Verpflichtungen	257
III. Die Kontrolldichte in der Notstandsspruchpraxis	258
1. Kontrolldichte in der Spruchpraxis zum Normalzustand	258
2. Kontrolldichte in der Spruchpraxis zum Notstand	261
a) Die Messung der Kontrolldichte im amerikanischen Menschenrechtssystem	261
b) Die Entwicklung der Kontrolldichte	262
c) Die Struktur der Kontrolldichte	264

C. Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz	265
I. Ausgangspunkt: Legitimierungsstrategien in der Notstandsspruchpraxis	266
II. Methode	267
III. Komplementärer Menschenrechtsschutz im Notstand als Menschenrechtssystemschutz	268
1. Menschenrechtsschützende Beobachtungen in der Notstandsspruchpraxis ...	268
2. Legitimitätssichernde Notstandsspruchpraxis	269
a) Ergebnisse	270
b) Kontrolldichte	273
3. Diskussion: Komplementärer Menschenrechtsschutz in einem gedeihenden Umfeld	274
D. Zusammenfassung	278
Kapitel 3: Der Ausnahmezustand in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker	281
A. Das System des afrikanischen Menschenrechtsschutzes	281
I. Das afrikanische Menschenrechtssystem	281
1. Die Entstehungsgeschichte der AfCMRRV	282
2. Die Kontrollinstitutionen des afrikanischen Menschenrechtssystems	284
3. Kontinentale Opposition gegen das afrikanische Menschenrechtsschutzsystem	287
II. Die Beschränkungsklauseln im afrikanischen Menschenrechtssystem	289
1. Die (Nicht-)Entstehungsgeschichte der afrikanischen Notstandsklausel	290
2. Die Struktur der Beschränkungsklauseln	290
B. Ausnahmezustand in der afrikanischen Notstandsspruchpraxis	292
I. Die Verfahren zur Notstandsspruchpraxis	292
II. Der Notstand in der Spruchpraxis der afrikanischen Kontrollinstitutionen	294
1. Die (fehlende) Existenz eines Notstandsrechts in der AfCMRRV	294
2. Die Andeutung der Existenz eines Notstandsrechts neben der AfCMRRV ...	295
a) Anwendung von Art. 4 IPBPR über Öffnungsklauseln in der AfCMRRV .	295
b) Untauglicher Umkehrschluss aus der Anerkennung von Derogationsverboten	298
C. Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz	299
I. Ausgangspunkt: Legitimierungsstrategien in der Notstandsspruchpraxis	300
II. Methode	302
III. (Pseudo-)Exzeptioneller Menschenrechtsschutz im Notstand als Menschenrechtssystemschutz	302
1. Gespaltene Notstandsspruchpraxis	303
2. Legitimitätssichernde Notstandsspruchpraxis	303
a) Ergebnisse	303
b) Derogationsmöglichkeit	305
3. Diskussion: (Pseudo-)Exzeptioneller Menschenrechtsschutz in einem feindseligen Umfeld	306
D. Zusammenfassung	309

Kapitel 4: Der Ausnahmezustand im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	311
<i>A. Das System des universellen Menschenrechtsschutzes</i>	311
I. Das universelle Menschenrechtssystem	311
1. Die Entstehungsgeschichte des IPBPR	312
2. Der UN-Menschenrechtsausschuss	313
3. Der UN-Menschenrechtsausschuss in der universellen Nische	316
II. Der Ausnahmezustand im universellen Menschenrechtssystem	318
1. Die Entstehungsgeschichte der universellen Notstandsklausel	318
2. Die Struktur der universellen Notstandsklausel	319
<i>B. Der Ausnahmezustand in der universellen Notstandssprachpraxis</i>	320
I. Die Verfahren zur Notstandssprachpraxis	321
II. Die Auslegung der Notstandsklausel	321
1. Notstandslage	322
a) Definition	322
b) Ergebnisse	324
2. Notstandsmaßnahme	324
a) Definition	325
b) Ergebnisse	328
3. Die weiteren Voraussetzungen der universellen Notstandsklausel	328
a) Proklamation	328
b) Derogationsverbote	329
c) Notifikationspflicht	331
aa) Pflichten	331
bb) Konstitutivität	333
d) Andere völkerrechtliche Verpflichtungen	333
III. Die Kontrolldichte in der Notstandssprachpraxis	335
1. Kontrolldichte in der Sprachpraxis zum Normalzustand	335
2. Kontrolldichte in der Sprachpraxis zum Notstand	337
a) Struktur der Kontrolldichte	338
b) Fehlende Messbarkeit der Kontrolldichte	339
<i>C. Die Notstandssprachpraxis als Menschenrechtssystemschutz</i>	340
I. Ausgangspunkt: Legitimierungsstrategien in der Notstandssprachpraxis	341
II. Methode	342
III. Pragmatischer Menschenrechtsschutz im Notstand als Menschenrechtssystemschutz	343
1. Überlagernde Notstandssprachpraxis	343
2. Legitimitätssichernde Notstandssprachpraxis	345
a) Ergebnisse	345
b) Kontrolldichte	348
3. Diskussion: Pragmatischer Menschenrechtsschutz in einem ignoranten Umfeld	349
<i>D. Zusammenfassung</i>	353

Konklusion: Die Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz	355
<i>A. Das Primat der Notstandsmaßnahme in der vereinheitlichenden Notstandsspruchpraxis.....</i>	<i>355</i>
I. Das Primat der Notstandsmaßnahme	356
1. Notstandslage	356
2. Notstandsmaßnahme.....	360
II. Vereinheitlichende Notstandsspruchpraxis.....	363
<i>B. Legitimierungsstrategien in der menschenrechtlichen Notstandsspruchpraxis..</i>	<i>367</i>
I. Das Umfeld der Notstandsspruchpraxis	368
II. Legitimierungsstrategien in den Menschenrechtssystemen	371
III. Die vereinheitlichende Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz ..	374
Literaturverzeichnis.....	377
Entscheidungsregister	401
Register	407

Einleitung

Am 13. April 1978 durchsuchte die kolumbianische Polizei ein Haus in Bogotá, um die Entführung eines ehemaligen kolumbianischen Botschafters durch eine Guerillagruppe während des Bürgerkriegs aufzuklären. Obwohl die Sicherheitskräfte dabei keine Hinweise auf den Aufenthaltsort des Botschafters und eine Entführung finden konnten, versteckten sie sich in dem Haus. Als sieben Personen das Haus betraten, eröffnete die Polizei unvermittelt das Feuer und erschoss alle Personen.¹

Am 18. Juni 1986 erlangten mehrere Insassen des Blauen Pavillons auf der Gefängnisinsel El Frontón die Kontrolle über die Gefängnisanlage,² um politische Gefangene im Rahmen des peruanischen Bürgerkriegs zwischen kommunistisch-maoistischen Gruppen und der Regierung zu befreien.³ Das Militär konnte die Aufstände bereits nach einem Tag mit massiver Waffengewalt beenden.⁴ Dabei erschossen die Sicherheitskräfte über 100 Insassen, die im Moment der Überwältigung keinen Widerstand mehr leisteten.⁵

In den Morgenstunden des 7. Oktober 2004 explodierten Fahrzeuge in zwei Hotels auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel. Die islamistischen Attentäter töteten dabei über 30 Menschen und verletzten mehr als 100 Menschen.⁶ Am 23. Juli 2005 kam es in Sharm El Sheikh erneut zu Explosionen, durch die über 80 Personen starben.⁷ Die ägyptischen Sicherheitskräfte reagierten auf diese islamistischen Terroranschläge mit Massenverhaftungen auf der Sinai-

¹ MRA, Suarez de Guerrero v. Colombia, 31.03.1982 (1.2).

² *Slocovich*, Lo de El Frontón fue un combate, tuvimos 3 muertos, *Correo* (10.12.2017), <https://diariocorreo.pe/politica/lo-de-el-fronton-fue-un-combate-tuvimos-3-muertos-791048/> (abgerufen am: 07.06.2025).

³ *Willis*, Scratched From Memory, *Journal of Latin American Cultural Studies* (29) 2020, S. 231 (231–232).

⁴ *Slocovich*, Lo de El Frontón fue un combate, tuvimos 3 muertos, *Correo* (10.12.2017), <https://diariocorreo.pe/politica/lo-de-el-fronton-fue-un-combate-tuvimos-3-muertos-791048/> (abgerufen am: 07.06.2025).

⁵ *Willis*, Scratched From Memory, *Journal of Latin American Cultural Studies* (29) 2020, S. 231 (231–232).

⁶ *Erlanger*, Death Toll Is Uncertain After 3 Explosions Strike Resort Towns, *The New York Times* (08.10.2004), <https://www.nytimes.com/2004/10/08/world/middleeast/death-toll-is-uncertain-after-3-explosions-strike-resort.html> (abgerufen am: 07.06.2025).

⁷ *Williams*, Egypt Gets Tough in Sinai In Wake of Resort Attacks, *The Washington Post* (02.10.2005), <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/10/01/AR2005100101293.html> (abgerufen am: 07.06.2025).

Halbinsel.⁸ Ein Teil der Inhaftierten wurde dabei durch den ägyptischen Geheimdienst gefoltert und in einigen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt.⁹

In der Nacht vom 15. Juli auf den 16. Juli 2016 versuchten Teile des türkischen Militärs mit Kampfflugzeugen, Helikoptern und Panzern, die politische Kontrolle über die Türkei zu erlangen. Die türkischen Sicherheitsbehörden beendeten diesen Putschversuch schon in den Morgenstunden des 16. Juli.¹⁰ Trotzdem wurden mehr als 2.500 Menschen verletzt und über 300 Menschen getötet.¹¹ Kurz nach dem gescheiterten Putschversuch entließ die türkische Regierung unzählige Angestellte in Sicherheitsorganen, Behörden, Gerichten und nicht-staatlichen Einrichtungen, die (vermeintlich) am Putschversuch beteiligt waren. Zudem verhaftete der türkische Staat unzählige Oppositionelle und behinderte regierungskritische Presseorgane.¹²

In diesen vier Sachverhalten nutzten die kolumbianischen, peruanischen, ägyptischen und türkischen Sicherheitskräfte den Ausnahmezustand, um ihre menschenrechtsmissachtenden Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Sachverhalte liegen den wichtigsten Notstandsverfahren im universellen, amerikanischen, afrikanischen und europäischen Menschenrechtssystem zugrunde. Sie verdeutlichen damit, dass Ausnahmezustände kein Schmittsches Wunder¹³ sind, sondern die Menschenrechte tatsächlich bedrohen. Der Normalstaat ist gegenwärtig mit *militärischen, ökonomischen, ökologischen, politisch-ideologischen* und *prozeduralen* Krisen konfrontiert.¹⁴ Kriege, innerstaatliche Auseinandersetzungen, terroristische Angriffe, Wirtschaftskrisen, Pandemien, zunehmende Naturkatastrophen infolge des Klimawandels, drohende Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur und die aus den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen folgenden prozeduralen Blockaden von Staatsorganen¹⁵ scheinen Auswirkun-

⁸ AfKMRRV, Egyptian Initiative for Personal Rights and Interights v. Egypt, 03.03.2011 (5–6).

⁹ AfKMRRV, Egyptian Initiative for Personal Rights and Interights v. Egypt, 03.03.2011 (7–35).

¹⁰ Arango/Yeginsu, As Turkey Coup Unfolded, „the Whole Night Felt Like Doomsday“, The New York Times (16.07.2016), <https://www.nytimes.com/2016/07/17/world/europe/as-the-coup-in-turkey-unfolded-the-whole-night-felt-like-doomsday.html> (abgerufen am: 07.06.2025).

¹¹ Szymanski, Ergeben, Süddeutsche Zeitung (17.06.2016), <https://www.sueddeutsche.de/politik/seite-drei-ueber-den-putschversuch-in-der-tuerkei-ergeben-1.3082269> (abgerufen am: 07.06.2025).

¹² Turkut/Garaban, The ‚reasonable suspicion‘ test of Turkey’s post-coup emergency rule under the European Convention on Human Rights, Netherlands Quarterly of Human Rights (38) 2020, S. 264 (264).

¹³ Schmitt, Politische Theologie, 11. Aufl., 2021, S. 43.

¹⁴ Aufbauend auf: Schottdorf, Vom Normalstaat zum Ausnahmezustand, in: Lemke (Hrsg.), Ausnahmezustand: Theoriegeschichte – Anwendungen – Perspektiven, 2017, S. 27 (29 ff.).

¹⁵ Siehe die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump im Zuge seiner Notstandserklärung: „I didn’t need to do this, but I’d rather do it much faster. I just want to get it done faster, that’s all.“, zitiert nach: W. E. Scheuerman, President Trump’s ‚Get it Done Faster‘ Emergency, VerfBlog, 2019/2/18, <https://verfassungsblog.de/president-trumps-get-it-done-faster-emergency/> (04.08.2020).

gen zu haben, auf die mit den im Normalzustand zur Verfügung stehenden (rechtlichen) Mitteln und Verfahren nicht mehr angemessen reagiert werden kann.¹⁶ In Reaktion auf diese (vermeintlichen) Bedrohungen werden Menschenrechte in der politischen Praxis daher nicht nur eingeschränkt, sondern teilweise auch suspendiert.¹⁷ Der Ausnahmezustand stellt damit ein existenzielles Risiko für die Freiheits- und Gleichheitsrechte der Menschen dar.¹⁸ Aufgrund dieser besonderen Menschenrechtsrelevanz des Ausnahmezustandes ist eine Untersuchung seiner rechtlichen Erfassungen für die Menschenrechtspraxis und Menschenrechtsforschung von großer Bedeutung.¹⁹

A. Erkenntnisinteresse

Die vorliegende Arbeit untersucht die Notstandsspruchpraxis der menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen. Das Erkenntnisinteresse ist dabei auf die Beschreibung und Erklärung der Notstandsspruchpraxis in den untersuchten Menschenrechtssystemen sowie auf einen Vergleich zwischen den Menschenrechtssystemen gerichtet. Erstens beschreibt die Arbeit, wie die menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen den Notstand rechtlich erfassen und anwenden. Dazu beschreibt die Arbeit die notstandsbezogenen Maßstäbe, Ergebnisse und Kontrolldichte der menschenrechtlichen Spruchkörper. Zweitens erklärt die Arbeit die Notstandsspruchpraxis für jedes Menschenrechtssystem vor dem Hintergrund des jeweiligen institutionellen Gefüges. Drittens vergleicht die Arbeit die Notstandsspruchpraxis auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem beschreibenden und erklärenden Teil der menschenrechtssystemspezifischen Spruchpraxisanalyse. Der Vergleich wird zeigen, ob und wie sich die Notstandsspruchpraxis in den Menschenrechtssystemen aufgrund

¹⁶ Siehe für die COVID-19-Pandemie die Übersicht über Derogationen: Europarat, Notifications under Article 15 of the Convention in the context of the COVID-19 pandemic, <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/webContent/62111354> (04.08.2020); Organisation Amerikanischer Staaten, Recent Suspensions of Guarantees regarding Multilateral Treaties, http://www.oas.org/en/sla/dil/inter_american_treaties_suspension_guarantees.asp (04.08.2020); Vereinte Nationen, Depositary Notifications (CNs) by the Secretary-General, https://treaties.un.org/Pages/CNs.aspx?cnTab=tab1&clang=_en (04.08.2020).

¹⁷ Zur räumlichen und zeitlichen Entgrenzung des Ausnahmezustandes: *Agamben*, Ausnahmezustand: Homo sacer II.1, 2004, S. 8 f.; *Schottdorf*, Vom Normalstaat zum Ausnahmezustand, in: Lemke (Hrsg.), Ausnahmezustand: Theoriegeschichte – Anwendungen – Perspektiven, 2017, S. 27 (30).

¹⁸ *Grossman*, A Framework for the Examination of States of Emergency, *American University International Law Review* (1) 1986, S. 35 (36–39); *Fitzpatrick*, Human Rights in Crisis: The International System for Protecting Human Rights During States of Emergency, 1994, S. 36–39; *Maslaton*, Notstandsklauseln im regionalen Menschenrechtsschutz, 2002, S. 15; *Nowak*, U. N. Covenant on Civil and Political Rights, 2. Aufl., 2005, Kap. Art. 4 (Abs. 23).

¹⁹ *Ashauer*, Die Menschenrechte im Notstand, AVR (45) 2007, S. 400 (430); *Weber*, Notstandskontrolle, 2019, S. 16.

der unterschiedlichen Normierungstechniken in den Menschenrechtsverträgen unterscheidet. Zudem werden die Erkenntnisse aus dem erklärenden Teil der Spruchpraxisanalyse aufgegriffen, um mögliche systemspezifische Besonderheiten zu erklären. Damit unternimmt die Arbeit ausdrücklich nicht den Versuch, die Notstandsspruchpraxis normativ zu bewerten. Sie beschränkt sich auf eine rechtsvergleichende Beschreibung und Erklärung der Notstandsspruchpraxis. Der Arbeit liegen dabei drei Vorverständnisse zugrunde, die den Untersuchungsgegenstand beschränken.

I. Menschenrechtlicher Notstand

Erstens versteht diese Arbeit unter dem menschenrechtlichen Notstand (oder Ausnahmezustand) die positivrechtliche Normierung des Konzepts durch die Menschenrechtsverträge. Mit der (Europäischen) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten²⁰ (EMRK), dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte²¹ (IPBPR) und der Amerikanischen Menschenrechtskonvention²² (AMRK) enthalten drei große Menschenrechtsverträge Vorschriften über den Ausnahmezustand. Auch die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam²³, die Menschenrechtskonvention der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten²⁴ und die Arabische Charter der Menschenrechte²⁵ haben den Ausnahmezustand verrechtlicht. Neben diesen menschenrechtlichen Hauptverträgen enthalten auch die Menschenrechtsverträge zu sozioökonomischen Rechten teilweise Notstandsklauseln. Das gilt insbesondere für die Europäische Sozialcharta²⁶ (ESC). Im Gegensatz dazu verbietet der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte²⁷ (IPWSKR) notstandsbedingte Derogationen für die sozioökonomischen Rechte im universellen Menschenrechtssystem.²⁸ Einige Spezialverträge

²⁰ Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, v. 04.11.1950, UNTS Vol. 213-I-2889.

²¹ International Covenant on Civil and Political Rights, v. 16.12.1966, UNTS Vol. 999-I-14668.

²² American Convention on Human Rights „Pact of San José, Costa Rica“, v. 22.11.1969, UNTS Vol. 1144-I-17955.

²³ Cairo Declaration on Human Rights in Islam, v. 05.08.1990, U. N. Doc. A/CONF.157/PC/62/Add.18.

²⁴ Commonwealth of Independent States Convention on Human Rights and Fundamental Freedoms, 26.06.1995, UNTS Vol. 1819-I-31139.

²⁵ Arab Charter on Human Rights, v. 22.05.2004, abgedruckt in 12 Int'l Hum. Rts. Rep. 893 (2005).

²⁶ European Social Charter, v. 18.10.1996, UNTS Vol. 529-I-7659 (S. 89); European Social Charter (Revised), v. 03.05.1996, European Treaty Series No. 163.

²⁷ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, v. 16.12.1996, UNTS Vol. 993 (S. 3).

²⁸ Müller, Limitations to and Derogations from Economic, Social and Cultural Rights, Human Rights Law Review (9) 2009, S. 557 (557).

ergänzen die Vorschriften der menschenrechtlichen Hauptverträge um Sonderbestimmungen. So erweitert das zweite Zusatzprotokoll des IPBPR²⁹ die Derogationsverbote um das Verbot der Todesstrafe. Die UN-Kinderrechtskonvention³⁰ (KRK) erweitert die Derogationsverbote um Kinderrechte.³¹ Lediglich die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker³² (AfCMRRV) enthält keine Vorschrift über den Ausnahmezustand.

Die menschenrechtlichen Notstandsklauseln erlauben über die allgemeinen Beschränkungsmöglichkeiten hinausgehende Einschränkungen von Menschenrechten.³³ Die Klauseln stimmen in ihrer Struktur und ihrem Zweck überein. Alle untersuchten Notstandsklauseln setzen für rechtmäßige Notstandsmaßnahmen voraus, dass eine Notstandslage vorliegt, die Notstandsmaßnahme unbedingt erforderlich ist, von den derogationsfesten Menschenrechten (sogenannte Derogationsverbote) nicht notstandsbedingt abgewichen wurde, der Notstand international notifiziert wird und der Staat seine sonstigen internationalen Verpflichtungen einhält.³⁴ Die Notstandsklauseln sollen einerseits sicherstellen, dass Staaten die immer wieder auftretenden Notstandslagen im Rahmen des Rechts bekämpfen können, aber andererseits verhindern, dass Staaten unter diesem Deckmantel gravierende Menschenrechtsverletzungen vornehmen.³⁵

Die Einschränkungs- und Derogationsklauseln regeln die Beschränkungen der Menschenrechte nach dem Willen der verhandelnden Vertragsstaaten³⁶ und der Systematik der Menschenrechtsverträge abschließend.³⁷ Die detaillierten

²⁹ United Nations Treaty Collection, Second Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, aiming at the abolition of the death penalty, Chapter IV: Human Rights, <https://treaties.un.org/doc/Publication/MTDSG/Volume%20I/Chapter%20IV/IV-12.en.pdf> (20.03.2024).

³⁰ Art. 38 der Convention on the Rights of the Child, v. 20.11.1989, UNTS Vol. 1577 (S. 3).

³¹ MRA, General Comment No. 29: Article 4: Derogations during a State of Emergency, 31.08.2001 (10 [Fn. 5]).

³² African Charter on Human and Peoples' Rights, v. 27.06.1981, UNTS Vol. 1520-I-26363.

³³ *Ni Aoláin*, Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism on the human rights challenge of states of emergency in the context of countering terrorism, UN Doc. A/HRC/37/52 2018, S. 3 (8).

³⁴ *Hartman*, Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies, Harv. Int'l. L. J. (22) 1981, S. 1 (3); *Weber*, Notstandskontrolle, 2019, S. 38; *Schutter*, International human rights law, 3. Aufl., 2019, S. 608; *Kadelbach*, Menschenrechte in Zeiten des Notstands, in: Donath/Heger/Malkmus/Bayrak (Hrsg.), Der Schutz des Individuums durch das Recht, 2023, S. 255 (262–265).

³⁵ *Hartman*, Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies, Harv. Int'l. L. J. (22) 1981, S. 1 (3); *Desierto*, Necessity and National Emergency Clauses, 2012, S. 279–280.

³⁶ Siehe dazu beispielsweise die Diskussion um die Einführung einer abschließenden Derogationsmöglichkeit in dem ICCPR: UN-Doc. E/CN.4/SR.126, S. 2 ff. sowie SR.127, S. 2 ff.; *Ashauer*, Die Menschenrechte im Notstand, AVR (45) 2007, S. 400 (403).

³⁷ *Hartman*, Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies, Harv.

formellen und materiellen Voraussetzungen der Notstandsvorschriften würden bei der Anwendung der ungeschriebenen *Necessity*-Doktrin³⁸ untergraben werden. Das Fehlen einer Notstandsklausel in einigen Menschenrechtsverträgen indiziert eine Ablehnung von weitergehenden Beschränkungsmöglichkeiten und gerade nicht die Anwendbarkeit der *Necessity*-Doktrin.³⁹ Wenn bereits der Rückgriff auf allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts versagt ist, muss daraus erst recht die Nichtanwendbarkeit eines ungeschriebenen, weder umreißbaren⁴⁰ noch anerkannten Notstandsrechts folgen. Staaten, die ihre Befugnisse über das geschriebene Notstandsrecht hinaus erweitern möchten, müssen daher aus den Menschenrechtsverträgen austreten.⁴¹ Daher wird die Diskussion um die Normierbarkeit des Ausnahmezustandes und die Existenz eines überpositiven Notstandsrechts hier nicht nachgezeichnet.⁴² Die Fragen bleiben aus rechtstheoretischer und -dogmatischer Perspektive zwar relevant,⁴³ sind aber für diese Arbeit aufgrund der klaren menschenrechtlichen Entscheidung zugunsten der abschließenden Normierung des Notstandsrecht entbehrlich.

Int'l. L. J. (22) 1981, S. 1 (12); Sieghart, *International Law of Human Rights*, 1983, S. 38; Desierto, *Necessity and National Emergency Clauses*, 2012, S. 263–266, 271; ähnlich auch Svensson-McCarthy, *The International Law of Human Rights and States of Exception*, 1998, S. 200–213.

³⁸ Die *Necessity*-Doktrin erlaubt es Staaten, Beeinträchtigungen von völkerrechtlichen Schutzgütern aufgrund einer herausfordernden Situation zu rechtfertigen. Eine allgemein-völkerrechtliche Definition der Doktrin existiert allerdings nicht. Zwar bestimmt Art. 25 Abs. 1 der Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, dass Staaten sich nur auf die Doktrin berufen können, wenn die zu rechtfertigende Handlung „the only way for the State to safeguard an essential interest against a grave and imminent peril“ ist. Diese Definition ist aber zu eng, um alle Ausprägungen der Doktrin zu erfassen. Stattdessen enthalten die verschiedenen Völkerrechtsgebiete systemspezifische Definition der *Necessity*-Doktrin; siehe dazu: Diane A Desierto, *Necessity and National Emergency Clauses: Sovereignty in Modern Treaty Interpretation*, 2012.

³⁹ Hartman, *Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies*, Harv. Int'l. L. J. (22) 1981, S. 1 (13); Svensson-McCarthy, *The International Law of Human Rights and States of Exception*, 1998, S. 198; Desierto, *Necessity and National Emergency Clauses*, 2012, S. 266–267.

⁴⁰ Ashauer, *Die Menschenrechte im Notstand*, AVR (45) 2007, S. 400 (406).

⁴¹ Ashauer, *Die Menschenrechte im Notstand*, AVR (45) 2007, S. 400 (408); siehe zu den Austrittsmöglichkeiten Art. 58 EMRK, Art. 78 AMRK.

⁴² Hierzu jeweils m. w. N. Schmitt, *Die Diktatur*, 1921; Schmitt, *Politische Theologie*, 11. Aufl., 2021; Rossiter, *Constitutional Dictatorship: Crisis Government in the Modern Democracies*, 1948; Hesse, *Grundfragen einer verfassungsmäßigen Normierung des Ausnahmezustandes*, JZ (15) 1960, S. 105; Kotzur, *Die Weltgemeinschaft im Ausnahmezustand?*, AVR (42) 2004, S. 353 (306); Frankenberg, *Staatstechnik*, 2010; Criddle/Fox-Decent, *Human Rights, Emergencies, and the Rule of Law*, Human Rights Quarterly (34) 2012, S. 39 (44); Barczak, *Der nervöse Staat*, 2. Aufl., 2021, S. 149–201.

⁴³ Siehe dazu aus jüngerer Zeit insbesondere: Kaiser, *Ausnahmeverfassungsrecht*, 2020; Barczak, *Der nervöse Staat*, 2. Aufl., 2021.

II. Menschenrechtliche Kontrollinstitutionen

Zweitens versteht diese Arbeit unter menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen diejenigen gerichtlichen und gerichtsähnlichen Spruchkörper, die von einem Menschenrechtsvertrag dazu autorisiert worden sind, Menschenrechte in einem Beschwerdeverfahren selbstständig anzuwenden und auszulegen.⁴⁴ Das sind die Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR), der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IAKMR), der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR), die Afrikanische Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (AfKMRRV), der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker (AfGMRRV) und der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (MRA).

Nicht berücksichtigt werden gerichtliche und gerichtsähnliche Spruchkörper, die nur allgemeine Gutachten veröffentlichen können, wie beispielsweise der Europäische Ausschuss für soziale Rechte (ECSR⁴⁵) oder ihre Jurisdiktion nicht dem Menschenrechtsvertrag selbst entnehmen, wie beispielsweise der Internationale Gerichtshof (IGH) oder nationale Gerichte. Zudem berücksichtigt diese Arbeit nicht die Veröffentlichungen politischer Institutionen, die sachlich und persönlich nicht unabhängig von Staaten agieren, wie beispielsweise der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

III. Notstandssprachpraxis

Drittens untersucht diese Arbeit die Notstandssprachpraxis der Kontrollinstitutionen. Es ist gerade die Notstandssprachpraxis, in der sich die menschenrechtlichen Grundsätze für den Notstand in der Rechtswirklichkeit entfalten.⁴⁶ Die Kontrollinstitutionen präzisieren die vagen vertraglichen Anforderungen an rechtmäßige Notstandsmaßnahmen und stellen staatliche Rechtsverletzungen im Notstand fest.⁴⁷ Diese Arbeit berücksichtigt alle Entscheidungen, in denen sich die Kontrollinstitutionen mit der notstandsbedingten Einschränkung von Menschenrechten entscheidungserheblich auseinandersetzen. Ausgeschlossen sind daher notstandsbezogene Ausführungen in nicht-streitigen

⁴⁴ Ähnliche Begrifflichkeiten nutzend: *Svensson-McCarthy*, *The International Law of Human Rights and States of Exception*, 1998, S. 4; *Schmahl*, *Derogation von Menschenrechtsverpflichtungen in Notstandslagen*, in: Fleck (Hrsg.), *Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte*, 2004, S. 125 (125).

⁴⁵ So auch: *Voelcker*, *Schutzklauseln*, 2020, S. 58.

⁴⁶ *Weber*, *Notstandskontrolle*, 2019, S. 23.

⁴⁷ *Ní Aoláin*, *The Emergence of Diversity*, *Fordham International Law Journal* (19) 1995, S. 100 (101–102); grundsätzlich zu dieser Rolle von Kontrollinstitutionen: *Koskeniemi*, *Human Rights, Politics and Love*, *Mennesker og Rettigheter* (19) 2001, S. 33 (33–35); *Alter*, *The New Terrain of International Law*, 2014, S. 5–6, 26–28.

Veröffentlichungen (beispielsweise Staatenberichte), Entscheidungen, in denen der Notstand nur beiläufig erwähnt wird oder sich die betroffenen Staaten trotz der Derogation von Menschenrechten nicht auf den (de facto) Notstand⁴⁸ berufen. Nur im europäischen, amerikanischen, afrikanischen und universellen Menschenrechtssystem haben die jeweiligen Kontrollinstitutionen bisher in Beschwerdeverfahren über den Notstand entschieden. In den anderen Menschenrechtssystemen fehlt eine Notstandssprachpraxis,⁴⁹ sodass die Arbeit diese Systeme nicht berücksichtigt.

Diese Arbeit untersucht alle Notstandsentscheidungen der EKMR, IAKMR, AfKMRRV und des MRA sowie des EGMR, IAGMR und AfGMRRV aufgrund von Individual- oder Staatenbeschwerden, in denen sich die betroffenen Staaten auf die notstandsbedingte Derogation von Menschenrechten berufen und die Kontrollinstitutionen diese Derogationsmöglichkeit prüfen. Diese Fälle wurden über eine ganzheitliche Auswertung der verfügbaren Spruchpraxisdatenbanken im europäischen, amerikanischen, afrikanischen und universellen System identifiziert.⁵⁰ Die menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen haben demnach bisher 101 Notstandsverfahren entschieden. Davon gehen 41 Verfahren auf das amerikanische, 39 Verfahren auf das europäische, 16 Verfahren auf das afrikanische und fünf Verfahren auf das universelle Menschenrechtssystem zurück.

⁴⁸ Siehe dazu: *Hartman*, Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies, Harv. Int'l. L. J. (22) 1981, S. 1 (7–21); *Ní Aoláin*, Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism on the human rights challenge of states of emergency in the context of countering terrorism, UN Doc. A/HRC/37/52 2018, S. 3 (8–11); *ILA*, *Committee on Human Rights in Times of Emergency*, Final Report: Assessment of State practice in respect to times of emergency, 2024, ¶¶ 19–24.

⁴⁹ Siehe insbesondere für das arabische Menschenrechtssystem: *Hadad*, Human Rights in the Arab World, Athens Journal of Law (5) 2019, S. 275 (276).

⁵⁰ Die Untersuchung berücksichtigt alle Entscheidungen der menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen, die bis zum 26.08.2022 veröffentlicht worden sind. Zurückgegriffen wurde für das europäische System auf HUDOC (<https://hudoc.EMRK.coe.int/>), für das amerikanische System auf die Website der IAKMR (<https://www.oas.org/en/iachr/decisions/merits.asp>) und die Website des IAGMR (http://www.corteidh.or.cr/casos_sentencias.cfm?lang=en), für das afrikanische System auf die Website der AfKMRRV (<https://www.achpr.org/communications>) und die Website des AfKGRRV (<https://www.african-court.org/en/index.php/cases>) sowie für den MRA auf die UN Treaty Body Database (https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/TBSearch.aspx). Die identifizierten Fälle wurden zudem mit weiteren Datenbanken abgeglichen (African Human Rights Case Law Analyser, Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Review's Inter-American Court of Human Rights Project database, SUMMA, University of Minnesota: Human Rights Library, World Courts). Die teilweise unveröffentlichten Notstandsentscheidungen der IAKMR und des IAGMR wurde mir dankenswerterweise vom Archiv des IAGMR zur Verfügung gestellt.

B. Aufbau und Methode

Die Arbeit stellt die Notstandssprachpraxis zunächst für jedes Menschenrechtssystem isoliert vor. Dabei wird die Sprachpraxis systemspezifisch beschrieben und erklärt. Die Untersuchung beginnt mit den regionalen Menschenrechtssystemen in der Reihenfolge der jeweils ersten Notstandsentscheidung, sodass in dem ersten Kapitel die Notstandssprachpraxis im europäischen Menschenrechtssystem analysiert wird. In den anschließenden beiden Kapiteln widmet sich die Arbeit dann der bisher kaum untersuchten Notstandssprachpraxis im amerikanischen und afrikanischen Menschenrechtssystem. Die systemspezifische Untersuchung endet mit dem Kapitel zur Notstandssprachpraxis im universellen Menschenrechtssystem. In der Konklusion werden die systemspezifischen Erkenntnisse aus der beschreibenden und erklärenden Sprachpraxisanalyse rechtsvergleichend zusammengeführt.

I. Beschreibung der Notstandssprachpraxis

Diese Arbeit beschreibt zunächst die Notstandssprachpraxis der menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen.⁵¹ Dafür werden Techniken der dogmatischen und statistischen Sprachpraxisanalyse eingesetzt. Die dogmatische Methode dient dazu, im Recht abstrakte Regeln und systematische Zusammenhänge zu identifizieren.⁵² Dazu werden alle Rechtsdokumente untersucht, die für die juristische Erfassung eines Sachverhalts notwendig sind. Das sind insbesondere Rechtsvorschriften und Sprachpraxis.⁵³ Diese Arbeit nutzt die dogmatische Methode, um die von den menschenrechtlichen Kontrollinstitutionen in ihrer Notstandssprachpraxis auf der Grundlage des Menschenrechtsvertragstextes etablierten Notstandsmaßstäbe⁵⁴ zu identifizieren und zu systematisieren. Dazu arbeitet der beschreibende Teil der Sprachpraxisanalyse heraus, wie die Kontrollinstitutionen die Notstandslage, die Erforderlichkeit der Notstandsmaßnahme, die Derogationsverbote und die prozeduralen Verpflichtungen im Notstand definieren und wie die Kontrollinstitutionen das staatliche Verhalten anhand dieser Maßstäbe überprüfen.

⁵¹ Allgemein zur Relevanz von Beschreibung im Recht: *Orford*, In Praise of Description, *Leiden Journal of International Law* (25) 2012, S. 609.

⁵² *Klatt*, Jura, in: Engelen/Fleischhack/Galizia/Landfester (Hrsg.), *Heureka: Evidenzkriterien in den Wissenschaften*, 2010, S. 105 (107); *Goldmann*, Dogmatik als rationale Rekonstruktion, *Der Staat* (53) 2014, S. 373 (374); *Kersten*, Warum Dogmatik?, *rescriptum* 2012, S. 67 (67).

⁵³ *Hutchinson*, The Doctrinal Method, *Erasmus Law Review* 2016, S. 130 (131).

⁵⁴ Einführend zum in dieser Arbeit vorausgesetzten Begriff des Maßstabs: *Lepsius*, Entscheiden durch Maßstabsbildung, in: Van Ooyen/Möllers (Hrsg.), *Handbuch Bundesverfassungsgericht im politischen System*, 2015, S. 119 (123–125).

Die statistische Spruchpraxisanalyse ergänzt die dogmatische Erfassung der Spruchpraxis. Diese Methode geht davon aus, dass wissenschaftliche Forschung Dokumentation, Reproduzierbarkeit und Falsifizierbarkeit voraussetzt.⁵⁵ Dadurch wird offengelegt, aufgrund welcher Fälle und Daten die Forschenden zu ihren Schlussfolgerungen gekommen sind.⁵⁶ Durch die Veröffentlichung der dieser Arbeit zugrundeliegenden Daten, der Kodierungsanleitung und der Datenauswertung auf dem offenen Online-Speicherdienst Zenodo⁵⁷ kann nachvollzogen werden, wie bestimmte Annahmen zustande gekommen sind und ob die Ergebnisse auf Grundlage des vorgestellten Forschungsdesigns repliziert werden können. Die Bereitstellung der Daten und die Begründung der Kodierungsentscheidungen führen zu einem Zuwachs an Transparenz im Vergleich zu traditionellen qualitativen Ansätzen.⁵⁸ Zum anderen ermöglicht die statistische Erhebung von Daten auch bei einer großen Anzahl an untersuchten Entscheidungen einen vollständigen Einblick in die Spruchpraxis. Diese Arbeit nutzt die statistische Spruchpraxisanalyse, um deskriptiv erstmals die Verteilung und Entwicklung der Ergebnisse in der Notstandsspruchpraxis, die betroffenen Menschenrechte, den Umfang der Ausführungen und die Kontrolldichte numerisch zu erfassen.⁵⁹ Insoweit ersetzt die in dieser Arbeit vorgenommene statistische Spruchpraxisanalyse nicht die Dogmatik, sondern erweitert deren Perspektive auf die Notstandsspruchpraxis.⁶⁰

II. Erklärung der Notstandsspruchpraxis

Die Erkenntnisse aus der beschreibenden Spruchpraxisanalyse nutzt diese Arbeit, um die Notstandsspruchpraxis zu erklären. Dazu wird untersucht, welche Kombinationen aus rechtlichen und nicht-rechtlichen Einflussfaktoren die Verteilung der Ergebnisse und die Kontrolldichte für die Notstandslage und

⁵⁵ *Hall/Wright*, Systematic Content Analysis of Judicial Opinions, *California Law Review* (96) 2008, S. 63 (64); *Coupette/Fleckner*, Quantitative Rechtswissenschaft, *JZ* (73) 2018, S. 379 (383).

⁵⁶ *Brems*, Methods in legal human rights research, in: Coomans/Grünfeld/Kamminga (Hrsg.), *Methods of human rights research*, 2009, S. 77 (89).

⁵⁷ *Milas*, Anhang und Daten: Notstandsspruchpraxis als Menschenrechtssystemschutz (Mohr Siebeck) (10.06.2025), <https://zenodo.org/doi/10.5281/zenodo.12699033> (abgerufen am: 07.06.2025).

⁵⁸ *Hall/Wright*, Systematic Content Analysis of Judicial Opinions, *California Law Review* (96) 2008, S. 63 (64); *Coupette/Fleckner*, Quantitative Rechtswissenschaft, *JZ* (73) 2018, S. 379 (383); *Petersen/Chatziathanasiou*, Empirische Verfassungsrechtswissenschaft: Zu Möglichkeiten und Grenzen quantitativer Verfassungsvergleichung und Richterforschung, *AöR* (144) 2019, S. 501 (507).

⁵⁹ Die konkrete Anwendung der statistischen Methode wird in dem jeweiligen Abschnitt dieser Arbeit vorgestellt. Die Daten wurden vom Autor dieser Arbeit erhoben. Die Daten wurden anschließend in *RStudio* unter Verwendung der Programmiersprache *R* analysiert.

⁶⁰ *Murchison*, Making Numbers Count, *Manitoba Law Journal* (40) 2017, S. 425 (432); *Molbak-Steensig*, Subsidiarity does not win cases, *LJIL* (36) 2022, S. 83 (91).

Register

- Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker 281 f., 294 f.
- Afrikanischer Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker
- Zusammensetzung 284–289
 - Jurisdiktion 284–287
- Afrikanische Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker
- Zusammensetzung 284–289
 - Jurisdiktion 284–287
- Afrikanische Union 283
- Afrikanisches Menschenrechtssystem
- Austritt 288
 - Entstehung 282 f.
 - Institutionen 282–287
 - Kontrollinstitutionen 284–287
 - Notstandsklausel 290
 - Umfeld 286–289, 306–309
- Ägypten 1 f., 288, 292, 297
- Alberto Fujimori 235 f., 277
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 16, 312
- Alltagskriminalität
- in Ecuador 238
- Amerikanische Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen 224–225, 227, 231
- Amerikanische Menschenrechtskonvention 223–225
- Amerikanisches Menschenrechtssystem *siehe* Interamerikanisches Menschenrechtssystem
- Arabische Charta der Menschenrechte 4
- Arbeiterpartei Kurdistans *siehe* Kurdenkonflikt
- Arbeitskampf 28
- Archbishop Makarios III. 26
- Armenien 32, 158
- Aufhebung *siehe* Derogation
- Aufstände *siehe* Unruhen
- Ausnahmestand *siehe* Notstand
- Beschränkungsklausel 290–292, 303, 363 f.
- Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen 98, 235, 289, 292, 302
- Bestimmtheitsgebot 297
- Beurteilungsspielräume *siehe* Kontroll-dichte
- Beweislast 251, 271, 316, 321–323, 340, 344, 346, 348
- Beweismaß *siehe* Beweislast
- Botswana 292–293
- Bürgerkrieg *siehe* Krieg
- Burundi 292–293
- Caracas, Venezuela 238
- Charles Ragin 103
- Charter der Organisation Afrikanischer Einheit 281
- Comuna 13 *siehe* *Medellín*
- Demokratische Republik Kongo 293, 321, 346, 349
- Deniz Yücel 36
- Derogation *siehe* Notstand
- Derogationsverbote 51, 252, 298, 329
- Diskriminierungsverbot 52, 223, 246, 316, 331, 360 f.
 - Folterverbot 51 f., 252, 299, 313, 362
 - Gesetzlichkeitsprinzip 51
 - Gleichheit 325, 346
 - Recht auf Leben 51, 296, 329, 346, 362
 - Rechtsschutzgarantien 47 f., 162 f., 245–247, 327, 361 f.
 - Sklavereiverbot 51, 252, 329
 - Verbot der Todesstrafe 51, 313, 329
- Diskriminierungsverbot *siehe* Derogationsverbote: Diskriminierungsverbot
- Economic Community of West African States 287, 298
- Court of Justice 298
- Ecuador 238

- Effektiver Rechtsschutz *siehe* Rechtsschutz
- El Frontón 1, 235
- Empirische Rechtswissenschaft 68–77, 139f.
- England *siehe* Großbritannien
- Eritrea 292f.
- Europäische Kommission für Menschenrechte 15–18
- Zusammensetzung 17f.
 - Jurisdiktion 17f.
- Europäische Menschenrechtskonvention 14–16, 22–24
- Europäische Sozialcharta 4
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
- Zusammensetzung 17–19
 - Jurisdiktion 17–19
- Europarat 14–16
- Fetullah Gülen 33–36
- Five Presidents' Letter 230f.
- Folterverbot *siehe* Derogationsverbote: Folterverbot
- Gefängnis
- Aufstände in Peru *siehe* El Frontón
 - Ausbruch in Panama 237
- Gesetzlichkeitsgebot *siehe* Derogationsverbote: Gesetzlichkeitsprinzip
- Gesetzlichkeitsprinzip *siehe* Gesetzlichkeitsgebot
- Gleichheit *siehe* Derogationsverbote: Gleichheit
- Griechenland 25f., 28
- Großbritannien 25f., 31f.
- Guatemala 236f.
- Guayaquil, Ecuador 238
- Gülenist Terror Organisation/Parallel State Structure (FETÖ/PDY) 33–36
- Husni Mubarak 293
- Inhaftierungen
- Außergerichtliche 147, 188, 250f.
 - Willkürliche 147, 188
- Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
- Zusammensetzung 227
 - Jurisdiktion 226–229
- Interamerikanische Kommission für Menschenrechte
- Zusammensetzung 225
 - Jurisdiktion 225–227
- Interamerikanisches Menschenrechtssystem 223–225, 229–232
- Interlakenprozess 20–22
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 4, 312f.
- Irish Republican Army, *siehe auch* Nordirlandkonflikt
- Irland *siehe* Nordirland
- Isaias Afwerki 293
- Islamistischer Terrorismus
- in Großbritannien 31f.
 - in Sharm El Sheikh 1f.
- Jus cogens 160, 254, 258, 299, 303f.
- Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam 4
- Kinderrechte 5, 252, 283, 313, 329
- Kolonialismus 25f., 282
- Kolumbien 237
- Kontrolldichte
- Entstehung 60f.
 - im Notstand 90–99, 251–265, 335–337
 - im Normalzustand 68–79, 258–261, 290, 337–340
 - Messbarkeit 63–68
- Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten *siehe* Europäische Menschenrechtskonvention
- Krieg
- Bürgerkrieg 1, 235–237, 239, 321
 - in Guatemala 236f.
 - in Kolumbien 237
 - in Peru 235f.
- Kurdenkonflikt 28–31
- Legalitätsprinzip 245, 247, 262
- Legitimierungsstrategie 90–99, 341f.,
- entscheidungsbezogene Strategie 99–101
 - Menschenrechtsdreieck 95–99
- Libyen 292f.
- Machtmissbrauch *siehe* Willkür
- Margin of appreciation *siehe* Kontrolldichte
- Mauretanien 292f.
- Menschenrechtskonvention der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten 4
- Menschenrechtsöffentlichkeit 97–99
- Militärdiktatur 259, 275, 293
- Griechische 28
- Movimiento Revolucionario Túpac Amaru (MRTA) 235f.

- Naturkatastrophen 232f., 357
 Necessity 5f.
 NGO-Beschwerde *siehe* Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen
 Nichtregierungsorganisationen *siehe* Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen
 Nigeria 292f.
 Nordirland *siehe* Nordirlandkonflikt
 Nordirlandkonflikt 26f.
 Notstand 4, *siehe auch* Notstands-sprachpraxis
 Notstandserklärung
 – Angabe von Menschenrechten 54f., 254f., 331f.
 – Beendigung 53–55, 254
 – Begründung 53–55, 254f., 331f.
 – Konstitutivität 55–58, 255–257, 333
 – Proklamation 54, 59, 233, 255–257, 328f.
 Notstandsklausel
 – Entstehungsgeschichte 22f., 232–234, 318f.
 – Struktur 24f., 234, 319f.
 Notstandslage
 – Definition 37–41, 239–241, 322–324
 – Ergebnisse 41–43, 241–243, 324
 – Kontrolldichte 85–89, 264f., 338f.
 Notstandsmaßnahme
 – Definition 43–48, 243–249, 324–328
 – Ergebnisse 48–51, 249–252, 328
 – Kontrolldichte 85–89, 264f., 338f.
 – Primat der 356–363
 Notstandssprachpraxis
 – komplementär 267–278
 – pragmatisch 343–353
 – pseudo-exzeptionell 302–309
 – subsidiär 209–219
 – vereinheitlichend 363–367
 Notstandsverfahren 7–9
 – auf Ebene der Vereinten Nationen 321
 – in Afrika 292–293
 – in Amerika 235–238
 – in Europa 25–36
 Öffnungsklauseln 295–298
 Omar al-Bashir 293
 Organisation Afrikanischer Einheit 281
 Organisation Amerikanischer Staaten 224–226
 Panama 237
 Peru 235
 PKK *siehe* Kurdenkonflikt
 Prozeduralisierung 366
 Putschversuch
 – in der Türkei 2, 32–36
 – in Griechenland 28
 Qualitative Comparative Analysis 102–109
 – asymmetrische Kausalität 105
 – Äquifinalität 109
 – Boolesche Algebra 110
 – conjunctural causality 104
 – Crisp Set 109f.
 – Diagnostik 116
 – erweiterte Standardanalyse 130f.
 – Fuzzy Set 110
 – Gütekriterien 118, 124–127
 – hinreichende Bedingungen 121–137
 – INUS-Bedingung 106f.
 – Kalibrierung 114–116
 – logische Minimalisierung 127–129
 – Lösungsformel 129–137
 – Mengen 103–105
 – notwendige Bedingungen 117–121
 – Outcome 103–105
 – Post-QCA 137–139
 – qualitativ-konfigurative Methode 111
 – in der Rechtswissenschaft 139f.
 – Robustheit 131–137
 – SUIN-Bedingung 106
 – Wahrheitstabelle 122–127
 Recep Tayyip Erdoğan 2, 32–36
 Recht auf Leben *siehe* Derogationsverbote: Recht auf Leben
 Rechtsvergleichung 11f.
 Ruanda 292f.
 Russland 16
 Sani Abacha 292f.
 Sendero Luminoso *siehe* Shining Path
 Shining Path 235f.
 Simbabwe 292f.
 Sklavereiverbot *siehe* Derogationsverbote: Sklavereiverbot
 Sowjetunion *siehe* Russland
 Spanish Zone of Morocco Claims Commission 60f.
 Sudan 292f.
 Südostanatolien *siehe* Kurdenkonflikt
 Suspension *siehe* Derogation
 Tschad 292f.
 Türkei 2, 28–36

- Uganda 292 f.
- UN-Menschenrechtsausschuss 313–318
 - Zusammensetzung 314
 - Jurisdiktion 314–316
- UN-Menschenrechtskommission 311
- UN-Menschenrechtsrat 7
- Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca 236 f.
- Universelles Menschenrechtssystem 311–320
 - Entstehung 311 f.
 - Institutionen 311
 - Kontrollinstitution 313–316
 - Notstandsklausel 318–320
 - Umfeld 316–318
- Unruhen
 - in Caracas 238
 - in Guayaquil 238
- in Panama 237
- Uruguay 321
- Verbot der Sklaverei *siehe* Sklavereiverbot
- Verbot der Todesstrafe *siehe* Recht auf Leben
- Verbot unmenschlicher Behandlung *siehe* Folterverbot
- Venezuela 238
- Vereinigtes Königreich 25–27, 31 f.
- Verhältnismäßigkeit 45 f., 246–249, 326 f., 361
- Wahlen 16, 321, 349
 - armenische Präsidentschaftswahlen 32
- Willkür 62, 254, 258, 329 f.
- Zwingendes Völkerrecht *siehe* jus cogens
- Zypern 25 f.